

Interpellation Reimann-Wil / Meile-Bronschhofen vom 20. Februar 2008

KMU-Anlaufstelle (One-Stop-Shop)

Schriftliche Antwort der Regierung vom 18. März 2008

Lukas Reimann-Wil und Peter Meile-Bronschhofen weisen in einer Interpellation, die sie am 20. Februar 2008 eingereicht haben, darauf hin, dass die zeitlichen und finanziellen Aufwände für KMU im Kontakt mit verschiedenen Verwaltungsstellen oft unverhältnismässig hoch seien. In diesem Sinn könnten die Aufwände auf Seiten der Verwaltung und der KMU optimiert werden, wenn die nötigen Bewilligungen und alle weiteren relevanten Abklärungen an einer Anlaufstelle erfasst würden.

Die Regierung beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Bereits mit dem Bericht 40.05.05 «Belastende Administration für KMU», den der Kantonsrat in der Februarsession 2006 zur Kenntnis nahm, kommunizierte die Regierung, dass sie – auch in Absprache mit den Wirtschaftsverbänden – auf einen One-Stop-Shop verzichte und weshalb. Nach einer Interessenabwägung der finanziellen Kosten und der Notwendigkeit einer solchen Anlaufstelle und der damit verbundenen unterschiedlichen Zuständigkeit zu den bestehenden Bewilligungsstellen sowie mit Blick auf den zukünftigen Ausbau des E-Governments kommt die Regierung zum Schluss, dass der One-Stop-Shop kein verhältnismässiger Zielbeitrag zur administrativen Entlastung der Unternehmen beisteuern könne. Vielmehr wurde eine Reihe von Massnahmen beschlossen, um die administrativen Belastungen der St.Galler KMU zu verringern. Durch den Ausbau von E-Government-Lösungen (sogenannte Government-to-Business-Beziehungen [G2B]), eine Optimierung und Beschleunigung von Verfahren sowie eine erhöhte Transparenz über Verfahren und Modalitäten soll auch eine verbesserte Triage an die zuständigen kantonalen Stellen erreicht werden.

Die Regierung ist weiterhin überzeugt, dass ein One-Stop-Shop kein verhältnismässiger Zielbeitrag zur administrativen Entlastung der Unternehmen darstellt.

- 2./3. Im Bericht 40.05.05 «Belastende Administration für KMU» (S. 18) wurden mehrere Massnahmen zum Abbau der administrativen Belastungen festgelegt. Die wichtigsten Massnahmen wurden bisher wie folgt umgesetzt:

– *Einsetzung KMU-Forum*

Als wichtigste Massnahme wurde den Wirtschaftsverbänden die Möglichkeit geboten, ein KMU-Forum einzusetzen. Das KMU-Forum wurde im Jahr 2006 neu geschaffen und hat zum Ziel, im Sinn einer administrativen und regulatorischen Entlastung der KMU innerhalb der Verwaltung neue Belastungen zu vermeiden, bestehende Belastungen zu verringern und durch die Koordination mit vergleichbaren Gremien die Einflussnahme auf den Bund zu erhöhen. Das KMU-Forum hat neben diversen Aktivitäten unter anderem den KMU-Verträglichkeitstest definiert, d.h. eine Check-Liste zur Prüfung der KMU-Verträglichkeit eines Erlasses erstellt und eine Methodik zur Messung der Auswirkungen von Erlassen auf die KMU erarbeitet. Nun gilt es, den KMU-Verträglichkeitstest in Zukunft umzusetzen. Zudem pflegt das KMU-Forum bereits den Kontakt zu vergleichbaren Gremien, um in diesem Sinn verstärkt auf den Bund Einfluss nehmen zu können. Im Weiteren hat sich das KMU-Forum mit Blick auf die Entlastung von KMU bereits zu kantonalen und Bundeserlassen vernehmen lassen.

– *Beschleunigung von Bewilligungsverfahren*

Die Regierung beauftragte am 12. Dezember 2006 das Baudepartement, ihr in Bezug auf die Beschleunigung von Bewilligungsverfahren einen Bericht mit Auslegeordnung, Optimierungsmöglichkeiten auf Grund der heutigen Organisation, (klaren) Delegationsmöglichkeiten an die Gemeinden und Beschleunigungsmöglichkeiten zu unterbreiten. Ziel ist es, dass dieses Projekt im Januar 2009 abgeschlossen sein wird. Ein Einbezug des KMU-Forums ist vorgesehen.

– *E-Government / Erhöhung der Transparenz von Verfahren und Formalitäten*

Der Kantonsrat hat im Jahr 2006 über einen Sonderkredit im Bereich E-Government entschieden (40.06.03 «E-Government im Kanton St.Gallen»). Im Rahmen der kantonalen E-Government-Strategie sollen unter anderem Government-to-Business-Lösungen (G2B-Lösungen) entsprechend ausgebaut werden, um den Datenaustausch zwischen den Amtsstellen zu verbessern, um ein Eingangsportale für Unternehmen aufzubauen und um die Transparenz von Verfahren und Formalitäten zu erhöhen. Zudem wurden gestützt auf diese Strategie bereits einige Pilotprojekte lanciert. Erwähnenswert ist unter anderem das Projekt «Unternehmen nach Lebenslagen». Ziel dieses Projektes ist es, die bestehende Website des Kantons nach Themen der Unternehmen (z.B. Bewilligungen, Standort, Steuern) umzugestalten.

Insgesamt tragen die im Bericht 40.05.05 «Belastende Administration für KMU» vorgesehenen Massnahmen wesentlich zur Förderung von KMU (insbesondere zum Abbau von Bürokratie) bei.